



Liebe
Kolleginnen
und Kollegen,

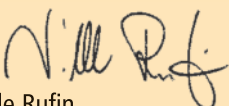
seit vielen Jahren rühren die Gewerkschaften die Werbetrommel für einen gesetzlichen Mindestlohn. Jetzt endlich – nachdem vorher der Untergang des Abendlandes propagiert wurde, wenn es zum Mindestlohn kommt – ist die Türe geöffnet. Doch kaum geschehen, wird versucht, mit Ausnahmen den Mindestlohn wieder auszuhöhlen. Ein Mindestlohn aber, der wieder unterschritten werden darf, ist kein Mindestlohn. Besonders skandalös ist, dass per Gesetz ausgerechnet die Langzeiterwerbslosen aus dem Mindestlohn sechs Monate lang ausgenommen werden. Der Drehtüreffekt ist vorprogrammiert!

In unserer Branche soll es den Briefzustellern, die auch Zeitungen zustellen, an den Geldbeutel gehen. Die Zeitungsverlage wollen eine Ausnahme für Zeitungszusteller erreichen – es geht um immerhin ca. 300.000 Kolleginnen und Kollegen. Die Lohnkosten würden um bis zu 20% in diesem Bereich steigen – das sagt uns, dass bisher gerademal Löhne um die 6,80 Euro bezahlt werden. Zeitungen sterben wie die Fliegen, wird uns gesagt. Tatsächlich machen die Kosten der Zustellung gerademal 11,4% der Gesamtkosten aus.

Für viele sei das Zeitungszustellen nur ein Nebenjob, sagen sie. Fakt ist: Für viele Zeitungszusteller ist das der Hauptjob und gerade weil sie so wenig erhalten, müssen sie noch weitere Jobs annehmen. Man reibt sich nur noch die Augen: Wer so wenig verdient, so wenig Rente hat, dass er noch einen Zusatzjob braucht – der kann ruhig schlecht bezahlt werden?

Wir werden also weiterhin am Mindestlohn dranbleiben müssen – wir sind mal gespannt, wie lange es jetzt braucht, um das Logische durchzusetzen: Mindestlohn heißt: ohne Ausnahme!!!

Eure



Nicole Rufin
Gewerkschaftssekretärin



z.B. Bruce Edwards 6 Jahre Vorstandsmitglied

Bruce Edwards, Chief Executive Officer von DHL Supply Chain, geboren am 8.4.1955, wurde im Mai 2008 Vorstandsmitglied und geht am 30. September 2014 in den Ruhestand, also mit 59 Jahren.

Die Jahresfestvergütung in diesen Jahren betrug um die 900.000 Euro, zzgl. der variablen und Nebenleistungen ca. 1,5 Millionen Euro/Jahr.

Von Anfang an wurde ihm für jedes Jahr ein Betrag in der Höhe von 35% der Jahresfestvergütung auf einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben. Der Betrag wird an-

gelegt und mit mindestens 2,25% jährlich verzinst.

Bruce Edwards hatte bis einschließlich 2013 eine Versorgungszusage von 1,85 Millionen Euro, mit 2,25% verzinst erhält er daraus mindestens 41.681,39 Euro Zinsen.

Unterstellt man die noch ausstehenden Zusagen bis September 2014 mit ca. 162.000 Euro, hat Bruce Edwards am 30.9.2014 einen Betriebsrenten-Anspruch auf ca. 2,1 Millionen Euro. Diesen Betrag kann er sich bar auszahlen oder verrenten lassen. Grob versicherungsmathematisch überschlagen dürfte das mindestens 80.000 Euro im Jahr Betriebsrente ergeben – für sechs Jahre Vorstandstätigkeit.

Jetzt ist genug!

z.B. Michaela seit 4 Jahren befristet

Michaela ist seit 4 Jahren befristet bei einer bayerischen Brief-Niederlassung in der stationären Bearbeitung beschäftigt. Ihren Namen haben wir geändert, weil sie sonst befürchten muss, dass ihr Vertrag nicht verlängert wird.

Ihr Betriebsrentenanspruch beträgt derzeit 0,00 Euro. Wenn ihr Vertrag jemals entfristet werden sollte, erhält sie pro Beschäftigungsjahr einen Betrag nach der Eurotabelle Versorgungsgruppe A, derzeit bei Vollzeit 4,02 Euro pro Jahr. Für 20 Jahre Arbeit für die Post also 80,40 Euro. Der Betrag wird pro Jahr garantiert um 1,4% angehoben. Das aber wollen die Vorstandsmitglieder, die selbst 2,25% Garantiezins erhalten,

auf 1% drücken. Faktisch bedeutet dies: Der Betrag der Versorgungsgruppe A der Eurotabelle soll am 1. Juli 2014 nicht um 6 Cent auf 4,08 Euro, sondern nur um 4 Cent auf 4,06 Euro erhöht werden.

Weil ver.di da nicht mitmacht, erpresst der Postvorstand ver.di und erklärt: Erst dann werden wieder Entfristungen vorgenommen, wenn ihr bereit seid, z.B. der Kürzung des Betriebsrentenanspruchs zuzustimmen.

**Wir bleiben dabei:
Das ist skandalös!
Wir fordern:
Entfristung
aller Beschäftigten, deren
Befristung
länger als
zwei Jahre
besteht!**





Mehr Geld mit ver.di

● **Deutsche Post Inhaus Services GmbH und Deutsche Post E-Post Solutions GmbH**
3% mehr ab 1. Mai 2014:

● **Bundesbeamte**
Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst wird auf die Bundesbeamten übertragen. Dafür haben Krankenschwestern und Erzieherinnen im ganzen Land gestreikt, Postbeamte aktive Mittagspausen durchgeführt und nun liegt der entsprechende Gesetzentwurf auf dem Tisch.

Der Tarifabschluss bringt für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ab 1.3.2014 3% mehr, mindestens aber 90 Euro, ab 1.3.2015 noch einmal 2,4% mehr. Das wird auf die Beamten übertragen und dann der Versorgungsabschlag von 0,2% abgezogen. Der Mindestbetrag wirkt bis A9/Stufe 5 und damit für fast alle Beamten bei der DP AG. Die Erhöhung kommt auch den Versorgungsbeamten zugute! Der Bundestag muss noch die Erhöhung beschließen; wann dann die Nachzahlung erfolgt, lässt sich jetzt noch nicht sagen.

Zusätzlich ist mit dem Tarifabschluss ein ärgerliches Problem beim Urlaub gelöst. Beamte, die am 31.12.2012 noch nicht das 40. Lebensjahr vollendet haben, hatten bis zum 55. Lebensjahr nur 29 Tage Urlaub und wurden nicht mit 40 Jahren auf 30 Tage Urlaub umgestellt. Das ist jetzt korrigiert – alle haben unabhängig vom Alter 30 Tage Urlaub.

Betriebsratswahlen Deutsche Post AG

Niederlassung	Wahlbeteiligung	Stimmen	Sitze für ver.di
NL BRIEF Augsburg	64,22 %	95,65 %	22 von 23
NL BRIEF Bayreuth	85,27 %	94,74 %	18 von 19
NL BRIEF Freising	67,66 %	96,00 %	24 von 25
NL BRIEF München	64,33 %	95,65 %	22 von 23
NL BRIEF Nürnberg	69,69 %	96,29 %	26 von 27
NL BRIEF Rosenheim	60,67 %	91,30 %	21 von 23
NL BRIEF Straubing	63,58 %	95,23 %	20 von 21
NL BRIEF Würzburg	66,36 %	78,26 %	18 von 23
NL Privatkunden/Filialen	78,29 %	100,00 %	15 von 15
SNL Fuhrparkmanagement	81,15 %	100,00 %	7 von 7
GB Vertrieb Brief Süd	92,52 %	100,00 %	9 von 9
Gesamt	67,91 %	93,95 %	202 von 215 Sitzen

Die Wahlergebnisse der Töchter der DP AG sowie der Speditions- und Logistik-Betriebe und der neuen Zustelldienste liegen noch nicht vollständig vor; wir werden sie im nächsten PSL-Ticker in einer Gesamtübersicht bekanntgeben.

Wir gratulieren allen gewählten Kolleginnen und Kollegen von ganzem Herzen!

Erfolg für TÜMTIS! Ein Erfolg für uns alle

Wir haben im PSL-Ticker mehrfach über den konsequenten Kampf der TÜMTIS, unserer Schwestergewerkschaft in der Türkei, berichtet. Nachdem es auch durch unsere Solidaritätsaktionen gelungen ist, bei UPS einen Tarifvertrag zu erwirken, war als nächstes die DHL im Visier.

Über zwei Jahre hatten die Mitglieder der TÜMTIS um einen Tarifvertrag gekämpft. Mehrfach waren wir mit ver.di-Delegationen in Istanbul, um unsere Kolleginnen und Kollegen dort zu unterstützen. Zuerst hat sich DHL nicht besser verhalten als UPS, Gewerkschaftsmitglieder gekündigt und sogar eine andere Gewerkschaft in das Unternehmen geholt. Doch die Arbeiter von TÜMTIS haben sich nicht von ihrem mutigen Weg abbringen lassen und im September 2013 den gesetzlich vorgeschriebenen Organisationsgrad erreicht. Im November 2013 wurden die Tarifverhandlungen aufgenommen und nun ist das Ergebnis da: 2200 Gewerkschaftsmitglieder erhalten 32 bis 46 Prozent mehr Lohn, ergänzt mit sozialen Komponenten wie beispielsweise bei familiären Anlässen. 750 Beschäftigte von Subunternehmern wurden von DHL übernommen und die 25 während der Auseinandersetzungen entlassenen Gewerkschaftsmitglieder wurden wieder eingestellt. Liebe Kollegen der TÜMTIS, wir haben größten Respekt vor Eurem Mut und Eurem Durchhaltewillen. Wir freuen uns mit Euch über diesen wichtigen Fortschritt und gratulieren Euch von ganzem Herzen!

Der Vorstand der TÜMTIS hat uns für unsere Unterstützung ausdrücklich gedankt – diesen Dank geben wir gerne an Euch weiter!



WIR MAHNEN! Insgesamt über 100 Kolleginnen und Kollegen – darunter erfreulich viele aus dem Gewerkschaftshaus – beteiligten sich am 8. Mai vor dem Gewerkschaftshaus an der Mahnwache „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ für die (zu diesem Zeitpunkt bekannten) 46 Ermordeten bei dem faschistischen Brandanschlag auf das Gewerkschaftshaus in Odessa. „Wenn Gewerkschaftshäuser brennen und die Menschen darin ermordet werden, dann ist das Faschismus und wo Faschismus ist, ist der Krieg nicht weit“ – mit diesen Worten eröffnete Hedwig Krimmer die Mahnwache. Für jeden Ermordeten wurden eine Kerze und eine rote Rose getragen. Nach der Eröffnung sprach Anton Hirtreiter, unser Landesfachbereichsleiter. „Die Geister, die sie riefen, werden sie nicht los“, erklärte er und forderte uns alle auf, dass die Gewerkschaften sich als friedenspolitische Kraft einbringen. „Krieg hat noch nie ein Problem gelöst!“